Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 20. Dezember 2011
Ausgabe 242
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
Besinnliche Musik auf Münchens Friedhöfen 3
Antworten auf Stadtratsanfragen **5**
› Mehr Bürgerbeteiligung wagen 5
› Pflegehierarchie neu organisieren und infolge Fachkraftquote verringern? 6
› Radverkehr zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße „Pilotprojekt auf der Rosenheimer Straße“ 11

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **14**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 21. Dezember, 9.15 Uhr,
Besprechungsraum 300, Burgstraße 4
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Aktuelles aus der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege“ von Kornelie Rahnema, Leiterin der Beschwerdestelle.

Wiederholung
Mittwoch, 21. Dezember, 10 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Anlässlich des Starts des Münchner Facility Managements und der zeitgleichen Übergabe eines Großteils des städtischen Wohnungsbestandes an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zum 1. Januar 2012 stellen Oberbürgermeister Christian Ude, Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk und Stadtdirektor Axel Markwardt vom Kommunalreferat gemeinsam mit Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG, und Dietmar Bock, Geschäftsführer der GWG, die Ergebnisse der Bündelung des städtischen Wohnungsbestandes bei den Wohnbaugesellschaften der Stadt und die anspruchsvolle Aufgabe eines zentralen Immobilienmanagements durch das Kommunalreferat vor.

Wiederholung
Mittwoch, 21. Dezember, 19 Uhr,
vor der Synagoge am St.-Jakobs-Platz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum Chanukka-Fest der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

Donnerstag, 22. Dezember, 11 Uhr, im Circus-Krone-Bau, Marsstraße
Die Elefantendame Timba überreicht Sozialreferentin Brigitte Meier 12.000 Freikarten für bedürftige Münchnerinnen und Münchner für vier Vorstellungen des Circus Krone. Seit über 40 Jahren schenkt der Circus Krone bedürftigen Münchner Kindern und Seniorinnen und Senioren Sondervorstellungen. Weit über 650.000 Bedürftigen wurde dadurch ein unvergesslicher Nachmittag im Circus Krone bereitet. Diesmal beweist die afrikanische Elefantendame Timba, dass auch tierische Schwergewichte richtig lustig sein können.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Meldungen

Besinnliche Musik auf Münchens Friedhöfen
(20.12.2011) Weihnachtliche Musik erwartet die Besucherinnen und Besucher der Münchner Friedhöfe am Samstagnachmittag, 24. Dezember, zur Einstimmung auf Heiligabend. Gespielt wird jeweils vor der Aussegnungshalle. Auf Friedhöfen ohne Aussegnungshalle wird vor der Kirche musiziert. Die verschiedenen Musikkapellen sind in unterschiedlichen Besetzungen auf den Friedhöfen vertreten. Die 29 Städtischen Friedhöfe sind von 18 Uhr an geschlossen.

Ostfriedhof
16.45 - 17.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Krematorium
15.45 - 16.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Friedhof Haidhausen
14.45 - 15.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Friedhof Riem
13.45 - 14.15 Uhr
Bläserensemble Ingeborg Lutz

Neuer Südfriedhof
15.00 - 15.30 Uhr
Blaskapelle Höhenkirchen-Siegertsbrunn

Friedhof am Perlacher Forst
15.00 - 15.30 Uhr
Blaskapelle Poschet

Friedhof Perlach
16.30 - 17.00 Uhr
Blasmusik St. Michael Perlach

Friedhof Pasing
14.45 - 15.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Friedhof Aubing
15.00 - 15.30 Uhr
MGV Germania Aubing

Westfriedhof
15.30 - 16.00 Uhr
Bläserensemble Ingeborg Lutz

Friedhof Nymphenburg
14.45 - 15.15 Uhr
Bläserensemble Ingeborg Lutz

Friedhof Neuhausen
16.00 - 16.30 Uhr
Freimanner Klang e.V.

Nordfriedhof
16.45 - 17.15 Uhr
Bläserensemble Ingeborg Lutz

Waldfriedhof Alter Teil
16.45 - 17.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Friedhof Sendling
16.45 - 17.15 Uhr
Münchner Petersturmmusik

Waldfriedhof Neuer Teil
15.45 - 16.15 Uhr
Blaskapelle Poschet

Waldfriedhof Solln
16.00 - 16.30 Uhr
Blaskapelle Poschet

Alter Südlicher Friedhof
16.00 - 16.30 Uhr
Münchner Petersturmmusik

Friedhof Obermenzing
15.00 – 15.30 Uhr
Kulturverein Freunde Obermenzings e.V.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 20. Dezember 2011

Mehr Bürgerbeteiligung wagen
Antrag Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen) vom 22.7.2011

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, auf die nachfolgenden Ausführung wie insoweit verwiesen.

Zu Ihrem Antrag vom 22.07.2011 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:
Zusammen mit dem Kulturreferat hat sich das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Rahmen des Projektaufrufs „Bürgerbeteiligung" der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik" mit dem Projekt Dachauer Straße/Luitpold-Kaserne unter dem Titel „Stadt kreativ denken" erfolgreich beworben. Der Zuschlag wurde bereits erteilt.

Das Projekt eignete sich hierzu besonders, da es ein großes innerstädtisches Umstrukturierungsareal ist, bei dem es viele verschiedene Nutzungsabsichten gibt.
Vor allem das geplante „Kreativquartier" im Bereich der denkmalgeschützten Hallen, Jutier- und Tonnenhalle, spielt hierbei eine besondere Rolle.

Derzeit finden bereits Workshops und Informationsveranstaltungen statt , sowohl vom Kulturreferat als auch vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in denen die Öffentlichkeit über die beabsichtigten Planungen informiert wird und sich auch aktiv beteiligen und einbringen kann.

Dem Antrag Nr. 08-14/A 02658 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 22.07.2011 wurde insoweit bereits entsprochen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Pflegehierarchie neu organisieren und infolge Fachkraftquote verringern?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 8.9.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 08.09.2011 führen Sie Folgendes aus:
„In der Fachzeitschrift CAREkonkret (die Wochenzeitung für Entscheider in der Pflege) vom 5. August 2011 äußert sich Sozialreferentin Brigitte Meier zu einer möglichen Neuorganisation der Pflegehierarchie. Den beiden Qualifikationsstufen der Hilfskräfte und Fachkräfte soll eine weitere Stufe übergeordnet werden. Vorgestellt sind hoch qualifizierte Pflegekräfte mit einem praxisorientierten Bachelorstudiengang. Sie sind nicht auf die administrativen Aufgaben beschränkt, sondern agieren als Pflegeprozessmanager ‚am Bett' und haben die Bewohner ganzheitlich im Blick. In diesem Beitrag favorisiert die Sozialreferentin diese Funktionsteilung und führt aus, dass sie den Schritt auch in der Praxis als bundesweite Vorreiterin wagen will. Das so bezeichnete ‚Münchner Modell', welches als Pilotprojekt in der MÜNCHENSTIFT gGmbH umgesetzt werden könnte, würde eine Fachkraftquote unter 50% erlauben. Möglich wäre dies aufgrund der verstärkten Professionalisierung an der Spitze durch den Einsatz von studierten Prozessmanagern".
Eine Fristverlängerung wurde beantragt.

Zu Ihrer Anfrage vom 08.09.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Von Seiten des Sozialreferats ist grundsätzlich anzumerken, dass ein Projekt zum „Primary Nursing in der Altenpflege" als entsprechendes eigenes Modellprojekt „Qualitätsoffensive Altenpflege" nur in Abstimmung mit den beiden ausbildenden Fachhochschulen in München sinnvoll und möglich ist. Das Sozialreferat ist bereit, hierbei eine moderierende Rolle einzunehmen und dieses Projekt ggf. wissenschaftlich begleiten zu lassen.
Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass hierfür auch bei allen Pflegeanbieterinnen bzw. Pflegeanbietern in München eine mögliche Kooperation und eventuell der Bezug zu bestehenden Best Practice Beispielen zu berücksichtigen sind. Dies war im ersten Forum Altenpflege des Sozialreferats bereits Thema und hat eine über die Landeshauptstadt München hinaus reichende Relevanz.

Es wird zu evaluieren sein, welche vollstationären Pflegeeinrichtungen in München bereits jetzt in welchem Maße mit den Fachhochschulen kooperieren, sodass der Einsatz von Bachelor-Absolventinnen und Bachelor-Absolventen in Modellbereichen entsprechend valide unter Beteiligung von Aufsichtsinstanzen wie FQA/Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) sowie Kostenträgern u.a.m. erprobt und ausgewertet werden kann.
Sozialpolitisch steht nach wie vor die qualitative Verbesserung der pflegerischen Versorgung in der Langzeitpflege durch die Professionalisierung über den Einsatz von Bachelor-Absolventinnen und Bachelor-Absolventen im Vordergrund.
Dies bedeutet in der Folge, dass die Diskussion und Erprobung in einem entsprechenden Modellprojekt zum „Primary Nursing in der Altenpflege" mit einer differenzierten Aufgabenmatrix, ggf. Vorbehaltsaufgaben und entsprechender Definition von Prozessverantwortung erfolgen muss.
Als Ziel ist seitens des Sozialreferats die Absenkung oder Aushöhlung der Fachkraftquote auszuschließen. Wenngleich das Ergebnis offen ist, wird eine Erhöhung der Betreuungs- und Pflegequalität durch das Modellprojekt „Qualitätsoffensive Altenpflege" erwartet. Für konkrete Aussagen ist es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zu früh.

Frage 1:
Inwieweit entspricht es dem Mitwirkungsrecht des Stadtrats und der zuständigen Gremien, beispielsweise dem Aufsichtsrat der MÜNCHENSTIFT GmbH, dass so weitreichende Maßnahmen wie eine Neuorganisation der Pflegehierarchie und ggf. Reduzierung der Fachkraftquote bereits als offensichtlich geplant in einer Fachzeitschrift dargestellt werden, bevor die städtischen Gremien damit befasst wurden?

Antwort:
Grundsätzlich hat der Geschäftsführer der MÜNCHENSTIFT GmbH für Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates einzuholen. Im nächsten Schritt wäre dann der Stadtrat zu befassen. Dies wäre der Fall, wenn die Pflegehierarchie tatsächlich konkret neu organisiert und die Fachkraftquote davon berührt würde.
Bisher hat sich der Geschäftsführer der MÜNCHENSTIFT GmbH aber nur prinzipiell dazu bereit erklärt, ein Modellprojekt durchzuführen. Die Durchführung dieses Modellprojekts ist bislang aber noch nicht in Bezug auf Design und Umsetzung konkretisiert. Aktuell wird bei der MÜNCHENSTIFT GmbH an den Fragen der Optimierung von Bezugspflege und Prozess-

steuerung gearbeitet, um Pflegeorganisation, Prozesssteuerung und Qualität zu verbessern und Personaleinsatzplanung sowie Fort- und Weiterbildung anzupassen.
Wie auch bisher können Modellprojekte im eigenen Geschäftsbereich durchgeführt werden. Der Aufsichtsrat wird davon in einer Sitzung bzw. auf jeden Fall über den jährlichen Qualitätsbericht in Kenntnis gesetzt.

Der Geschäftsführer der MÜNCHENSTIFT GmbH legt hierzu in seiner Stellungnahme vom 13.09.2011 dar:
„Fachkräfte sind seit längerem auf dem Markt nur noch in Einzelfällen und mittelfristig nur noch über die Ausbildung zu bekommen.
Vor diesem Hintergrund kommt den Überlegungen über Änderungen in der Pflegeorganisation, der Prozesssteuerung und der Qualitätsoptimierung (die richtige Person an die richtige Stelle, Stärken und Schwächen in der Personaleinsatzplanung berücksichtigen, Fort- und Weiterbildung darauf abstimmen) zentrale Bedeutung zu.
Deshalb arbeitet Karla Kämmer bei der MÜNCHENSTIFT derzeit an den Fragen der Optimierung von Bezugspflege und Prozesssteuerung.
Die Aussagen aus dem zitierten Fachartikel basieren auf diesen Überlegungen mit dem Ziel, in einem möglichen Modellversuch im Einvernehmen mit Heimaufsicht und Ministerium die vorhandenen Ressourcen geplanter und zielgerichteter einzusetzen, auch, wenn dabei da oder dort die Fachkraftquote unterschritten würde. Entscheidend ist jedoch ausschließlich die Sicherstellung einer guten Qualität. Dass die MÜNCHENSTIFT GmbH mit 55% Fachkraftquote und guten Heimaufsichtsberichten nicht im Verdacht steht, an der Qualität rütteln zu wollen, steht außer Zweifel.
All diese Dinge würden selbstverständlich nur im Einklang mit den aufsichtsführenden Behörden, die Offenheit gegenüber einem solchen Projekt signalisiert haben, vorgenommen werden und sind Teil des operativen Geschäfts, für das die Geschäftsführung verantwortlich zeichnet.
Rechte des Aufsichtsrates oder gar der Gesellschafterin sind dadurch nicht tangiert."

Frage 2:
Welche Reaktion der breiten Öffentlichkeit wird auf die Reduzierung der Fachkraftquote und der Etablierung einer zusätzlichen hierarchischen Ebene erwartet angesichts der derzeit geführten Diskussion um eine oftmals mangelnde Qualität in der Pflege älterer Menschen?

Antwort:
Anfragen im Sozialreferat (u.a. Pro Seniore AG, Martin Luther Stiftung Hanau) zeigen ebenso wie die in oben genannter Ausgabe von CAREkonkret veröffentlichte Kommentierung von Herrn Professor Dr. Stefan Görres Interesse am Projekt. Herr Prof. Dr. Görres betont hierbei, das Projekt könne neue Versorgungs- und Care-mix-Variationen entwickeln, die Professionalisierung der Pflege vorantreiben und sieht als entscheidend an, dass „am Ende die Qualität der Pflege zumindest gleich gut bleibt, eigentlich sich aber deutlich erhöhen sollte".
Ein Leserbrief in CAREkonkret (Ausgabe 34) weist auf das Deutsche Netzwerk Primary Nursing hin, in dem zur Umsetzung von Primary Nursing eine Fachkraftquote von 85% in den Pflegeheimen für erforderlich angesehen wird.
Weitere Reaktionen werden nicht erwartet, es scheint vielmehr abgewartet zu werden, wie das Projekt in München umgesetzt werden kann und soll.

Frage 3:
Wäre sichergestellt, dass mit dieser zusätzlichen Hierarchiestufe keine weiteren bürokratischen Hürden geschaffen werden, auch mit der Folge weiterer Kosten?

Antwort:
Im Projektdesign und in der Evaluation des Projektes „Qualitätsoffensive Altenpflege" ist der Abbau bzw. die Vermeidung (weiterer) bürokratischer Hürden ein wesentlicher Baustein. Das Sozialreferat tritt dafür ein, dass so weit als möglich ein Bürokratieabbau in der Pflege möglich ist, d.h. Hürden sollen nicht entstehen. Inwieweit sich ggf. Personalkosten verändern bleibt abzuwarten, hier sind unterschiedliche Lösungsansätze denkbar.

Frage 4:
Wer zeichnet am Ende verantwortlich für die Erhaltung der Pflegequalität und welcher Standard an Pflegequalität wird als Maßstab zu Grunde gelegt?

Antwort:
Grundsätzlich zeichnen Pflegedienstleitung und Einrichtungsleitung bzw. Heimträger verantwortlich für die Erhaltung der Pflegequalität. Im Rahmen des Modellprojekts sind sowohl die Erhaltung als auch die Festlegung des Standards der Pflegequalität im Projektdesign und in der Evaluation des Projektes „Qualitätsoffensive Altenpflege" ein wesentlicher Baustein.

Frage 5:
Wie können gerade angesichts des vorhandenen Fachkräftemangels ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die neue Stufe in der Hierarchie gewonnen werden? Gibt es dazu einschlägige Kostenrechnungen als Diskussionsgrundlage mit den Pflegekassen?

Antwort:
Über einen gesonderten Pflegebereich bzw. über mehrere gesonderte Pflegebereiche in einer oder mehrerer vollstationären Pflegeeinrichtungen könnte die „Qualitätsoffensive Altenpflege" durchgeführt werden. Dabei wäre eine gute An- und Einbindung der Studierenden an das geplante Projekt und die Pflegeeinrichtung möglich. Dazu bleibt zeitlich noch der Abschluss der Studierenden an der Katholischen Fachhochschule München und der Hochschule München für angewandte Wissenschaften abzuwarten. Ein interessantes Angebot im Sinne eines Projektes mit attraktiven Konditionen könnte sicher dazu beitragen, künftig Bachelor-Absolventinnen und Bachelor-Absolventen in den Einrichtungen der Altenpflege zu halten. Momentan konkurrieren Alten- und Krankenpflege um diesen Personenkreis.
Die Differenzierung der Verantwortungsbereiche könnte dazu beitragen, die Studiengänge attraktiver zu machen und darüber mehr Menschen für die akademische Laufbahn in der Pflege zu gewinnen. Auch die entsprechenden Kostenrechnungen gilt es dann im Projektdesign und in der Evaluation des Projektes als wesentlichen Baustein zu berücksichtigen.

Frage 6:
Wie ist der „Pflegeprozessmanager" im Kontext mit der involvierten Ärzteschaft zu sehen?

Antwort:
Im Projektdesign und in der Evaluation des Projektes „Qualitätsoffensive Altenpflege" wird ein wesentlicher Baustein die Aufgabenzuordnung innerhalb der beruflich Pflegenden sein. Anders als in Kliniken, in denen Ärztinnen und Ärzte ständig anwesend und damit im Notfall präsent sind, sind in vollstationären Pflegeeinrichtungen Ärztinnen und Ärzte nur zu Visiten anwesend, bzw. in entsprechenden Versorgungsmodellen stehen sie auch zu weiteren Zeiten zur Verfügung. Folglich tragen die Prozessverantwortlichen in der vollstationäre Pflege eine hohe Verantwortung und benötigen ein entsprechendes Fachwissen.

Radverkehr zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße „Pilotprojekt auf der Rosenheimer Straße“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 23.9.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Der Antrag hat die Überprüfung zum Ziel, inwieweit eine Reduzierung der vier Fahrspuren auf drei Fahrspuren zugunsten der Einrichtung zweier Radspuren möglich ist, wenn eine der drei verbleibenden Fahrspuren je nach Tageszeit in Wechselrichtung geschaltet wird.

Der Vollzug der Straßenverkehrsordnung ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu ihrem Antrag vom 23.09.2011 – „Radverkehr zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße – Pilotprojekt auf der Rosenheimer Straße“ – nimmt das Kreisverwaltungsreferat wie folgt Stellung:

Die Landeshauptstadt München befasst sich seit mehr als 15 Jahren mit dem Themenfeld der wechselseitigen Fahrspurzuweisungen. Die Idee ist also keineswegs neu, wie es die Bezeichnung „Pilotprojekt“ nahelegen könnte. Im Rahmen der Verkehrsabwicklung zur Messe Riem (BAUMA) wurde im Frühjahr 2001 die erste Fahrstreifensignalisierung geschaltet, woraus ein belastbarer Erfahrungsschatz in dieser Thematik resultiert.

Grundsätzliche Voraussetzung für eine Wechselverkehrslösung (morgens zwei Spuren stadteinwärts, eine Spur stadtauswärts; abends eine Spur stadteinwärts, zwei stadtauswärts) ist, dass die tatsächliche Verkehrsbelastung jenem wechselnden Zwei-zu-Eins-Verhältnis auch wirklich entspricht. Die Anzahl der stadtauswärts fahrenden Fahrzeuge sollte demnach in der morgendlichen Spitzenstunde nur halb so groß sein, wie die der stadteinwärts fahrenden Fahrzeuge. In der abendlichen Spitzenstunde muss es folglich genau umgekehrt sein: Die Anzahl der stadteinwärts fahrenden Fahrzeuge sollte nur halb so groß sein, wie die der stadtauswärts fahrenden Fahrzeuge.
An außerorts liegenden Standorten wie einer Messe oder einem Stadion, dass sich füllt und entleert, stellt sich dieses Verhältnis meist auch ein. Die

spezifische Charakteristik einer Straße im Stadtgebiet zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sich das wechselnde 2-zu-1-Verhältnis nicht nur nicht einstellt, sondern dass es nicht mal eine Umkehr gibt. So bilden auch die realen Verkehrsströme in der Rosenheimer Straße eine 2-1-Verteilung nicht mal ansatzweise ab. Auf Höhe Pariser Straße fahren morgens 986 Fahrzeuge pro Spitzenstunde (8.00 Uhr – 9.00 Uhr) stadteinwärts – und 839 Fahrzeuge stadtauswärts. Für eine 2-zu-1-Lösung dürfte die Zahl der stadtauswärts fahrenden Autos höchstens um 500 Fahrzeuge liegen. Die tatsächliche Verkehrsbelastung liegt also um 35% zu hoch.
Noch deutlicher wird die Diskrepanz zwischen dem theoretischen Modell und den tatsächlichen Verkehrszahlen in der Abendsituation: Das Prinzip Wechselnutzung einer Fahrspur setzt voraus, dass sich der Unterschied zwischen Hin- und Rückrichtung am Abend umkehrt. Auf Höhe Balanstraße fahren in der Abendspitze (17.30 Uhr bis 18.30 Uhr) mehr Fahrzeuge stadteinwärts (1217 Fz/h), als stadtauswärts (1010 Fz/h). Für eine 2-zu-1-Situation sollten sich jedoch nur ca. 600 Fz stadteinwärts bewegen. Es fahren also rund zweieinhalb mal so viele Fahrzeuge, als für die Lösung mit der Wechselspur zulässig. Eine Reduzierung auf eine Spur ist für diesen Verkehrsstrom nicht zu rechtfertigen.

Selbst, wenn die Verkehrsströme eine 2-zu-1-Verteilung aufweisen – und somit die wichtigste Grundbedingung einer Fahrstreifensignalisierung erfüllen würde, gäbe es weitere Hürden, die eine Fahrstreifensignalisierung im Stadtgebiet derart komplex werden lassen, dass sie eben nicht mit einer Fahrstreifensignalisierung auf Autobahnen vergleichbar ist.

Es handelt sich hier um eine Fahrstreifenzuweisung durch signalisierte Knotenpunkte.

Die Problematik, die eine Signalisierung von wechselnden Fahrspuren im Stadtverkehr von einer Signalisierung auf der Autobahn unterscheidet, ist, dass nicht nur die jeweilige Fahrspur wechselt, sondern auch alle Lichtzeichenanlagen auf dem betreffenden Streckenzug diesen jeweiligen Wechsel „mitmachen“ müssen. Allein auf dem Streckenzug zwischen Rosenheimer Platz und Orleansstraße wären das 4 vollsignalisierte Knoten. Die Schwierigkeit besteht darin, die einbiegenden Fahrströme der Querrichtungen in einen Straßenraum einzubinden, der ständig wechselt. Das gilt für die Fahrspurzuweisung (Abbieger), für die Beschilderung – und vor für die Signalisierung. Der Aufwand – das haben unsere Erfahrungen in Riem gezeigt – sind enorm.

Darüber hinaus müsste alles in Überkopfportalen angezeigt werden – d.h. für den beschriebenen Streckenabschnitt mit 4 Knotenpunkten würden 8 Schilderbrücken die Rosenheimer Straße überspannen. Nicht mitgerechnet sind dabei jene Schilderbrücken, die als Vorwegweiser fungieren, also jene dynamischen Hinweistafeln, die den Verkehr auf die Fahrspuränderung „vorbereiten", sodass man insgesamt 12 bis 16 Überkopfportale einplanen müsste. Hinzu kämen die dynamischen Wechselwegweiser für den Verkehr der Nebenrichtungen, der in die Rosenheimer Straße einbiegt.
Weitere Hemmnisse für wechselnde Fahrspurzuweisungen stehen in den für Verkehrsplaner verbindlichen „Richtlinien für Lichtsignalanlagen" (RiLSA): „Ruhender und liefernder Kraftfahrzeugverkehr darf auf Fahrstreifen mit Fahrstreifensignalen nicht zugelassen werden" Das bedeutet, es darf keine Parker, keine Lieferanten auf dem Streckenabschnitt geben, die das Fahrzeug abstellen.

Weiter heißt es in der RiLSA:

„Behinderungen durch Ab- und Einbieger sollten weitgehend unterbunden werden. Linksabbiegen sollte im Allgemeinen nur zugelassen werden, wenn ein Linksabbiegestreifen angeordnet werden kann. Außerdem ist zu beachten, dass eine Führung der links abbiegenden Fahrzeuge nur mit besonderen Vorkehrungen möglich ist. Zu verkehrsstarken Zeiten sollte das Linksabbiegen unterbunden werden. Die Zulässigkeit von Einbiegeverkehr ist je nach Betriebszustand in jedem Einzelfall zu prüfen."

Am Knotenpunkt Rosenheimer Platz ist das Linksabbiegen in beiden Richtungen erlaubt, auf Höhe Pariser Straße zeitweilig, auf Höhe Orleansstraße in eine Richtung. Das Linksabbiegen in den Spitzenzeiten auf einem derart langen Streckenzug gänzlich zu unterbinden, stellt – von dem Signalisierungsaufwand eines wechselnden Abbiegeverbots innerhalb einer wechselnden Fahrspurzuweisung einmal abgesehen – eine derart große Einschränkung dar, dass sie die – zumindest theoretischen – Vorteile einer funktionieren 2-1-Wechselwegweisung wieder aufheben würde.
Aus den genannten Gründen ist die Realisierung einer wechselnden Fahrspurzuweisung auf der Rosenheimer Straße nicht zu empfehlen.
Weitere Konzepte zum Radverkehr wird die Landeshauptstadt München im Zusammenhang mit dem Leuchtturmprojekt zum Radweglückenschluss in der Rosenheimer Straße prüfen.
Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 20. Dezember 2011

Defizit-Entwicklung im Städtischen Klinikum
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker und Hans Dieter Kaplan (SPD)

Errichtung einer Kindertageseinrichtung im „Lindengarten“ in der Kazmairstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Boesser, Hans Dieter Kaplan, Andreas Lotte und Christian Müller (SPD)

Das verflixte Wasser – Fragen zu Ursachen und Auswirkungen des Wasserschadens in der städtischen Kita Marianne-Plehn-Str. 69
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Linienführung der Buslinie 154
Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU)

Regionalzughalt Menterschwaige prüfen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Bahnhof Donnersberger Brücke attraktiver gestalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Umbau Bahnhof Laim vorziehen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Nachgefragt: Förderung freier Träger im Bereich des Stadtjugendamtes
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

München, 20.12.2011

Defizit-Entwicklung im Städtischen Klinikum

Anfrage

In einem Interview mit der Passauer Neuen Presse vom 15.12.2011, das auch auf der Homepage der Bayerischen Staatsregierung veröffentlicht wurde, äußert sich der Ministerpräsident Horst Seehofer wie folgt:

„Das geht bis zum Klinikskandal in München, den Ude zu verantworten hat, mit Schulden von über 100 Millionen Euro, wie es sie in der deutschen Geschichte bei Krankenhäusern noch nie gab … “

Wir fragen deshalb:

1. Wie groß waren die Defizite der städtischen Krankenhäuser in der Amtszeit des städtischen CSU-Gesundheitsreferenten und heutigen Fraktionskollegen des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Thomas Zimmermann?
2. Wie beziffert sich das höchste Jahresdefizit in der Amtszeit des CSU-Gesundheitsreferenten Dr. Thomas Zimmermann?
3. Wie groß war demgegenüber das Defizit des Klinikums in den vergangenen 6 Jahren?
4. Trifft es zu, dass in der Amtszeit von Dr. Zimmermann die städtischen Krankenhäuser noch weisungsgebundene Einrichtungen waren, die vom Gesundheitsreferenten unmittelbar gesteuert werden konnten?
5. Trifft die Annahme zu, dass das Defizit der städtischen Krankenhäuser unter dem CSU-Gesundheitsreferenten Dr. Thomas Zimmermann höher war als in dem vergleichbaren Zeitraum der vergangenen 6 Jahre? Wenn ja: Wie ist die Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten zu bewerten, einen Zuschussbedarf in der heutigen Größenordnung habe es „in der deutschen Geschichte bei Krankenhäusern noch nie gegeben“?
6. Wie viele öffentliche Krankenhäuser mussten bisher privatisiert werden, weil sich die öffentlichen Träger außerstande sahen, die Häuser in eigener Verantwortung fortzuführen?

gez.
Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

gez.
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Andreas Lotte
Hans Dieter Kaplan
Ulrike Boesser
Christian Müller
Stadtratsmitglieder

20.12.2011

Errichtung einer Kindertageseinrichtung im „Lindengarten“ in der Kazmairstraße

Antrag

Das Kommunalreferat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Referat für Bildung und Sport die Errichtung einer Kindertageseinrichtung auf dem Gelände des sog. „Lindengartens“ in der Kazmairstraße im 8. Stadtbezirk zu prüfen. Ebenfalls wird untersucht, ob zur Errichtung einer Kindertageseinrichtung die Entfernung von Altlasten notwendig ist. Dem Stadtrat sind die Ergebnisse der Prüfungen baldmöglichst zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Derzeit hat das Kommunalreferat einen Vorbescheid beantragt, um die mögliche Bebauung in o.g. Grundstück prüfen zu lassen. Angesichts der Rahmenbedingungen des Grundstücks erscheint der Bau einer Kindertageseinrichtung als am ehesten sachgerechte Lösung. Dafür setzt sich auch eine örtliche Bürgerinitiative ein.

Angesichts der unklaren Sachlage erscheint eine baldige Klarstellung über das weitere Vorgehen bzgl. des Grundstücks sinnvoll und notwendig.

gez.

Andreas Lotte
Hans Dieter Kaplan
Ulrike Boesser
Christian Müller
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Beatrix Burkhardt **Dr. Georg Kronawitter**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
20.12.11

Das verflixte Wasser – Fragen zu Ursachen und Auswirkungen des Wasserschadens in der städtischen Kita Marianne-Plehn-Str. 69

In einem Schreiben an den örtlich zuständigen BA 15 Trudering-Riem wurde vom Bildungsreferat (RBS) mitgeteilt, dass in der gerade mal drei Jahre alten Kindertagesstätte Marianne-Plehn-Straße 69 ein so gravierender Wasserschaden aufgetreten ist, dass das Gebäude vorübergehend nicht genutzt werden kann und die Kinder ausgelagert werden mussten, weil „umfassendere Sanierungsarbeiten" erforderlich sind.

Nachdem der Riesenwasserschaden in der Lehrer-Wirth-Schule vom 15. August 2001 (Mariä Himmelfahrt) örtlich noch in guter Erinnerung ist und der städtische Schulhausbestand in letzter nicht gänzlich von gravierenden Wasserschäden verschont geblieben ist, stellen wir folgende Fragen:

1) Was war die Ursache für den gravierenden Wasserschaden in der Kita?

2) Zu welcher Tageszeit trat der Schaden auf, wann wurde er bemerkt?

3) Hätte er durch technische Maßnahmen verhindert oder hätten seine Folgen dadurch abgemildert werden können, z. B. durch Lecküberwachungsgeräte?

4) Welche Folgeschäden sind zu beklagen?

5) Wer kommt für die Kosten auf?

6) Wann steht die Kita wieder zur Verfügung?

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de
email:csu-fraktion@muenchen.de

Elisabeth Schmucker

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
20.12.11

LINIENFÜHRUNG DER BUSLINIE 154

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Beibehaltung der derzeitigen, provisorischen Streckenführung der Buslinie 154 entlang der Ackermannstraße.

2. Die Anbindung der Siedlung mit diesem Bus an die U-Bahnstation Scheidplatz und umgekehrte Streckenführung von der Endstation Scheidplatz (U3) über Belgrad- und Karl-Theodor-Straße in die Ackermannstraße, die Ackermannstraße entlang und dann ggf. geradeaus weiter über Infanterie- und Görresstraße zum Josephsplatz (U2).

Begründung:

Die Bürgerinnen und Bürger der Siedlung am Ackermannbogen wehren sich nach wie vor gegen die am Grünen Tisch geplanten zukünftigen Linienführung der Buserschließung ihres Stadtquartiers. Und dies mit guten Gründen:

Zu 1.
Die Siedlung am Ackermannbogen ist von hoher Bebauungs-und Wohnungsdichte.
Der Bedarf an die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (ÖNV) entsprechend hoch.
Die Bewohner des Nord- und Westteils hätten bei Einstellung der momentanen Linienführung keinen direkten Anschluss mehr. Die derzeitige Busführung entlang der Ackermannstraße verbindet auch Besucher der Siedlung, die dort wohnhaften alten Menschen und Behinderten sowie die gesamte, nördlich liegende Kleingartensiedlung mit dem ÖNV. Auch übernimmt der Bus bei Veranstaltungen im Olympiapark eine Zubringerfunktion (Haltestelle Spiridon-Louis-Ring).
Außerdem wünschen die Anwohner eine verkehrsberuhigte oder gar Auto freie Zone im Bereich des Stadtplatzes, wo die Stadt die Durchführung der Buslinie plant.

Zu 2.
Damit würde der Bus nicht nur eine schnelle Anbindung an die U3, an die beiden Gymnasien am Luitpoldpark und das Schwabinger Krankenhaus bieten, sondern auch an die dicht besiedelten Wohnviertel entlang der Karl-Theodor-Straße, die bisher keinen Anschluss an den ÖNV haben.
Auch ist die momentane Endhaltestelle Ackermannbogen in einer absolut isolierten Position: Dort befindet sich keine Anbindung an andere Nahverkehrsmittel.

gez.
Elisabeth Schmucker, Stadträtin

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Elisabeth Schmucker, CamerloherStr. 61g; 80689 München wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 20.12.2011

Antrag

Regionalzughalt Menterschwaige prüfen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. **Das Planungsreferat prüft zusammen mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium bzw. der für das Wirtschaftsministerium tätigen Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) und der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) das Potenzial eines Regionalzughalts Menterschwaige unter den neuen aktuellen Voraussetzungen.**
2. **Bei lohnenswertem Potenzial wird der Freistaat gebeten, entsprechende Planungen aufzunehmen und diese mit der MVG abzustimmen. Ebenso wird die MVG gebeten, im Rahmen der Erneuerung der Trambahngleise die Haltestellen und ihre Wendeschleife entsprechend zu situieren.**

Begründung:

Mit der Vergabe des Elektronetzes Rosenheim an die Veolia Verkehr, die u.a. die BOB betreibt, wird es auf der Strecke Deisenhofen – Solln – Harras – Hauptbahnhof eine Angebotsausweitung geben, weil die Züge von Rosenheim über die Mangfalltalbahn nach Holzkirchen zum Hauptbahnhof weiterfahren werden, zusätzlich zu den Zügen der BOB, die dort verkehren.

Das Fahrgastpotenzial in unmittelbarer Umgebung ist angesichts der wenig urbanen Bebauung zwar bescheiden, aber mit der Straßenbahnlinie 15/25 steht ein leistungsfähiges Nahverkehrsmittel zur Verfügung, das sowohl das Zentrum von Grünwald als auch das Stadtteilzentrum Giesing direkt anbindet.

Da es im Münchner Süden südlich der Buslinie auf dem Mittleren Ring kein öffentliches Verkehrsmittel gibt, das die Isar quert, entfaltet ein Haltepunkt Menterschwaige eine Erschließungswirkung für den gesamten Münchner Südosten.

Die Trambahn 15/25 ist sanierungsbedürftig. Es gibt daher ein Zeitfenster, in dem bei positiver Prüfung, Synergie-Effekte zum tragen kommen können.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 20.12.2011

Antrag

Bahnhof Donnersberger Brücke attraktiver gestalten

Der Stadtrat möge beschließen:

1. **Der Oberbürgermeister tritt an den Freistaat heran und verhandelt mit diesem dahingehend, dass beim anstehenden barrierefreien Ausbau des Regionalzug- (BOB) und S-Bahnhofs „Donnersberger Brücke“ auch eine gestalterische Aufwertung erfolgt.**
2. **In diesem Rahmen sollten die Planungen hinsichtlich eines Fußgänger- und Radfahrerstegs zwischen Arnulfpark und Westend am östlichen Ende der Bahnsteigs in die Überlegungen zur Bahnhofssanierung mit einbezogen werden.**
3. **Ferner soll geprüft werden, ob und wie der Umstieg zum Bus 53/133 nach Süden verbessert werden kann.**

Begründung:

Zu 1: Die Bahn plant demnächst mit Unterstützung des Freistaates Bayern den Regionalzug- und S-Bahnhof „Donnersberger Brücke“ barrierefrei auszubauen. Der Bahnhof weist aber auch gestalterisch große Defizite auf. So ist gerade auch die Außenfassade in die Jahre gekommen.

Angesichts der Tatsache, dass
- der Fern-/Regional- und S-Bahnhof Pasing derzeit ertüchtigt wird
- der S-Bahnhof „Laim“ im Rahmen des überfälligen viergleisigen Ausbaus und der Umweltverbundröhre umgestaltet werden müsste
- der S-Bahnhof „Hirschgarten“ neu und attraktiv gestaltet ist
- der S-Bahnhof „Hackerbrücke“ attraktiv gestaltet wurde

würde der Bahnhof „Donnersberger Brücke“ gestalterisch deutlich abfallen.

Im Rahmen des barrierefreien Umbaus ergeben sich Synergie-Effekte für die Aufwertung der Gestaltung.

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Zu 2: Der im Rahmen des Bauvorhabens „Arnulfpark“ geplante Steg über die Bahngleise östlich der Donnersberger Brücke mit vorgesehenem Zugang zum Bahnsteig sollte ebenfalls spätestens mit der barrierefreien Gestaltung errichtet und in die Umgestaltung eingebunden werden. Es wird höchste Zeit, dass hier ein attraktiver Zugang zum Bahnhof erfolgt.

Zu 3: Umsteiger gelangen derzeit auf einem äußerst unattraktiven Weg unter der Brücke hindurch zur Bushaltestelle.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 20.12.2011

Antrag

Umbau Bahnhof Laim vorziehen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. **Der Oberbürgermeister tritt an den Freistaat heran und verhandelt mit diesem dahingehend, dass der viergleisige Ausbau des Bahnhofs „Laim“ aus dem Projekt der zweiten Stammstrecke (oder eines möglichen Ausbaus des Südrings) herausgelöst und vorab realisiert wird.**
2. **Der viergleisige Bahnhofsausbau sollte derart erfolgen , dass zukünftig sowohl ein Südring bzw. ein Ausbau der Sendliner Spange mit einer Verbindung der S-Bahn-Gleise zum Heimeranplatz als auch ein Stammstreckentunnel möglich ist.**
3. **Beim Umbau des Bahnhofs wird, wie bisher vorgesehen, die Umweltverbundröhre für die Straßenbahn-Westtangente (oder ggf. Busverbindungen) mit errichtet und eine optimale Verknüpfung der S-Bahn und der Tram-Station realisiert.**

Begründung:

Zu 1: Wenn der Ausbau des Bahnhofs Laim weiterhin mit dem zweiten Stammstreckentunnel verknüpft bleibt, ist zu befürchten, dass es zu zeitlichen Verzögerungen für den Bau der Straßenbahn-Westangente kommt. Diese entwickelt ihre positive Wirkung vor allem im Zusammenhang mit der Umweltverbundröhre, die den Bahnhof „Laim“ senkrecht zu den Bahngleisen quert. Der S-Bahnhof „Laim“ ist in einem trostlosen Zustand und nur sehr umwegig zu erreichen. Die Neugestaltung mit einem viergleisigen Ausbau bringt betrieblich Vorteile und erleichtert den Zugang insbesondere auch von Osten her, so dass sich eine weitaus bessere Erschließungswirkung ergibt.

Zu 2: Es gibt bereits Vorschläge, wie der viergleisige Ausbau unabhängig von der Fortführung als zweite Stammstrecke oder als Sendlinger Spange bzw. Südring erfolgen kann.

Zu 3: Mit der Umweltverbundröhre erfolgt die optimale Verknüpfung von S-Bahn und Straßenbahn. Mit ihr werden nicht nur die Stadtteile nördlich und südlich der Bahn besser mit dem Öffentlichen Verkehr verbunden, sondern es ergeben sich auch weniger Umwege für den Fuß- und Radverkehr.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
20.12.2011

Nachgefragt: Förderung freier Träger im Bereich des Stadtjugendamtes

Die unlängst vom Stadtjugendamt vorgelegte Übersicht „Produkt- und zielorientierte Ansätze für den Bereich ‚Förderung freier Träger' des Stadtjugendamtes" führt in der produktbezogenen Übersicht über Haushaltsansätze 2011 und Anträge 2012 der freien Träger eine Reihe von Projekten und Vereinen auf, deren Tätigkeit oder deren Mittelbedarf sich nicht ohne weiteres erschließt, zumal auch die einleitenden Bemerkungen des Referenten keinen näheren Aufschluß geben. Hier sind Nachfragen am Platze.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Was tut der „AK Ausländerfragen Haidhausen" (3.1.1/1 Regionale Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit; Fipo 4591.701.0000.0) konkret? Wie gliedert sich die unter „Ansätze 2012" vorgesehene Fördersumme von 184.223 Euro näher auf?

2. Wofür im einzelnen benötigt das „Multikulturelle Jugendzentrum Westend" (ebd., lfd. Nr. 52) die Summe von 396.405 Euro?

3. Wofür im einzelnen benötigt der Verein „Feierwerk e.V.", der laut lfd. Nummern 66, 67 und 90 ebd. die „Südpol-Station", den „Hansapalast" und das „Vorlaufprojekt Isar Süd" unterhält, insgesamt die Summe von 716.910 Euro? Welche weiteren Gruppierungen, Initiativen, Vereine etc. nutzen ggf. die drei genannten Institutionen? Als „Vorlauf" für welches künftige Projekt fungiert ggf. das genannte „Vorlaufprojekt Isar Süd" des „Feierwerk e.V."?

4. Was tut die „AG Friedenspädagogik" (ebd., lfd. Nr. 99) konkret, und wofür benötigt sie die Summe von 138.453 Euro im einzelnen?

5. Welche Ferienangebote hält der „Chabad Lubawitsch e.V." (ebd., 3.1.1/4 Ferienangebote) konkret vor, und wofür wird die Summe von 10.791 Euro benötigt?

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de

6. Für welche Einzelangebote bzw. -maßnahmen benötigt die „Konfliktberatung für junge Albaner“ (ebd. 3.1.2/5 Zielgruppenspezifische Maßnahmen, lfd. Nr. 39) im Jahr 2012 die Summe von 69.893 Euro?

7. Wofür konkret benötigt das Projekt „Bunt kickt gut“ (ebd., lfd. Nr. 44) die Summe von 120.000 Euro? Wo liegt die Zielstellung dieses Projekts?

Karl Richter
Stadtrat